

Aus Sturmtagen der katholischen Publizistik.

(Der Kampf um die „Neue Würzburger Zeitung“ 1837—1839.)

Die Gefangennahme des Kölner Erzbischofs Klemens August v. Droste-Vischering bedeutet einen Wendepunkt in der deutschen Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Daß sie aber dazu wurde, daran kommt ein Hauptverdienst der katholischen Publizistik zu, die unter König Ludwig I. in Bayern für kurze Zeit eine freie Heimstätte fand. Die preußische Regierung erkannte sofort die Bedeutung dieser kirchlichen Pressetätigkeit und begann einen rücksichtslosen Kampf dagegen. Der Hauptstoß richtete sich dabei gegen die „Neue Würzburger Zeitung“, das einzige katholische Tageblatt größeren Stils in Deutschland; leider bot es durch seine scharfe Tonart und durch manche Übertreibungen eine willkommene Angriffsfläche für seine Gegner.

Heute ist die „Neue Würzburger Zeitung“, deren Bedeutung für die Abwehr der preußischen staatskirchlichen Willkür und für die Weckung des katholischen Geistes in Deutschland kaum hoch genug angeschlagen werden kann, fast vergessen. Da dürfte es sich lohnen, nach den Quellen den Kampf zu verfolgen, den sie in den Jahren 1837—1839 geführt hat¹.

Die „Neue Würzburger Zeitung“ war kein katholisches Blatt in dem Sinne, daß sie von einem katholischen Verlage aus Liebe zur katholischen Sache herausgegeben wurde. Für ihre Eigentümer, die Buchhändler Gebrüder Stahel in Würzburg, war die Zeitung reine Geschäftssache; ihre Richtung paßten sie allein den Zeitumständen an. So war das 1826 gegründete Blatt 1831—1832 liberal, 1837 wurde es, wie Minister v. Abel in einem Gutachten für König Ludwig I. es ausdrückt, „den Vorkämpfern der katholischen Sache unbedingt

¹ Die folgenden Mitteilungen, die einen Auszug aus einem Teil einer größeren fertigen Arbeit über „Bayern und das Kölner Ereignis“ bilden, stützen sich der Hauptsache nach auf ungedruckte Quellen. Benützt wurden aus dem Geheimen Staatsarchiv in München: die regelmäßigen Gesandtschaftsberichte der bayrischen Vertreter in Berlin, Frankfurt und Wien, die Sammlung der in dem Pressestreit vom bayrischen Außenministerium geführten Korrespondenz: *MA. I Pol. Arch. Nr. 47* (2 Faszikel) und *48* (4 Faszikel), (zitiert: *GEA. 47* bzw. *48* und Faszikel); aus dem Geheimen Hausarchiv in München: die Nachlässe König Ludwigs I. und des Ministers v. Abel; aus dem Kreisarchiv in München: die Akten des Innenministeriums über periodische Schriften: *MA. Fasz. 1081—1095*, hier fand sich in *Fasz. 1085* die Ministerialkorrespondenz über den „Fränkischen Kurier“, den Nachfolger der „Neuen Würzburger Zeitung“, und in *Fasz. 1090, Nr. 9 und 10* die über die „Neue Würzb. Ztg.“ selbst (zit.: *KA. 1085* bzw. *1090*); endlich *MA. 1659/1976* (zit.: *KA. 1659/1976*) mit dem Rest der Akten über den „Fränkischen Kurier“, der auch sehr wichtige Mitteilungen über die „Neue Würzb. Ztg.“ noch enthält. Eingesehen wurden endlich die Berichte des preußischen Gesandten in München, die sich im Geheimen Staatsarchiv in Berlin befinden. Gegenüber diesen reichen Quellen verschwindet, was die gedruckte Literatur bietet. Wertvolles Material boten nur die trefflichen Artikel von A. Doeberl in den *Histor.-pol. Blättern* 1919, Bd. 163 S. 23 ff. und 74 ff., und 1920, Bd. 165 S. 194 ff. Was R. Bachem in seiner so verdienstlichen Geschichte der kath. Presse: *Josef Bachem I* 223 ff. und 281 f. beibringt, ist das Ergebnis weniger, mühselig zusammengetragener Notizen. Die Mitteilungen bei Treitschke, *Deutsche Geschichte IV*³ 121—123, und Paul Vogel, *Beiträge zur Geschichte des Kölner Kirchenstreites* (1912) 62—64, stützen sich einseitig auf ganz wenige preußische Akten. Die „Neue Würzb. Ztg.“ war dem Verfasser nur teilweise zugänglich; daß die Jahrgänge 1837—1839 aber noch ganz existieren, hat A. Doeberl a. a. D. mitgeteilt.

zur Verfügung gestellt, nicht aus Sympathie für die Sache, sondern aus Rücksicht auf den pekuniären Vorteil“¹. Nach der kurzen katholischen Epoche wurde es 1840 ganz farblos und stand 1842 unter jüdischer Redaktion.

Seine Schwenkung ins katholische Lager begann mit der Anstellung des bekannten, vielgeschmähten Journalisten Ernst Zander als Redakteur der Zeitung². Dieser, der Sohn eines protestantischen Predigers, war 1803 zu Schöneburg in Mecklenburg-Strelitz geboren, hatte weite Reisen gemacht und war nach mehrjährigem Aufenthalt in England, wo er eine vornehme Irländerin geheiratet hatte, 1830 zur katholischen Kirche übergetreten. 1833 war er nach Deutschland zurückgekehrt und hatte sich zunächst in Wien, dann auf den Gütern seines Stiefvaters, des Oberstallmeisters v. Bülow, und seines Oheims, des bekannten Konvertiten v. Beckedorff, in Pommern aufgehalten. 1833 kam er nach Regensburg, um die Leitung des von der Pustetschen Verlagshandlung geplanten Tageblattes „Der Herold“ zu übernehmen. Wie die Zensurakten beweisen, hat Zander schon damals rücksichtslos und ohne Furcht nach oben und nach unten seine hochkonservativen und streng katholischen Ideen verfochten. In einem Bericht des damaligen Generalkommissärs von Regensburg, des edlen Konvertiten und Dichters v. Schenk, wird Zanders politische Richtung unter lebhafter Anerkennung mit der des konservativen „Berliner politischen Wochenblattes“ verglichen, aber zugleich bedauert, daß der junge Redakteur, der mit seltenen Kenntnissen ungemeinen Scharfsinn und eine gewandte Darstellungsart verbinde, es an Mäßigung und Unparteilichkeit fehlen lasse.

Diese Charakteristik ist durchaus richtig. Zander war ein Journalist von ungewöhnlicher Begabung. Durch seine Beziehungen nach allen Ländern mußte er sich überall Mitarbeiter zu gewinnen und hinter die geheimsten Dinge zu kommen. Seine Schlagfertigkeit, sein anschaulicher Stil und sein treffender Witz, der oft zum ägenden Spott ausarten konnte, machten ihn zum geborenen Volkschriftsteller. Selbstlos der Sache dienend, setzte er für seine Zeitungen sein Vermögen und seine unglaubliche Arbeitskraft restlos ein, und so brachte er rasch alle Blätter, deren Leitung er übernahm, zu einem großen Aufschwung und erzwang ihnen Beachtung.

Leider stimmt aber auch, was Schenk von seiner Maßlosigkeit sagt. Als Mensch wie als Schriftsteller kannte Zander kein Nachgeben. Jeder vermittelnde Standpunkt kam ihm wie ein Verrat vor, und rücksichtslos vertrat er seine oft extremen Ansichten als die allein richtigen. Nicht bloß mit Zensoren, die ihm nicht gewogen schienen, lag er ständig in Streit; er war rechthaberisch und herrschsüchtig; auch Leute, die ihm wohl gesinnt waren, trennten sich meistens rasch von ihm und hielten ein Nebeneinanderarbeiten mit ihm für unmöglich. Für die Überzeugungen anderer, religiöse oder politische, fehlte ihm das Verständnis, und unglaublich hart sind manchmal seine Urteile über Andersdenkende. Einen andern Zug heben noch übereinstimmend seine Freunde hervor; er konnte nicht rechnen, weder in seiner Familie noch in seinen Unternehmungen wußte er zu wirtschaften. So lebte er ständig in Schulden, und das wirkte verbitternd und niederdrückend auf ihn ein und ließ ihn nie zu einer wirklich unabhängigen Arbeit und Stellung gelangen.

Der Regensburger „Herold“ ging schon nach dem ersten Jahrgang wieder ein und nun übernahm Zander 1837 die Schriftleitung der „Neuen Würzburger Zeitung“. Es waren gerade die Tage, wo der denkwürdige Streit

¹ RA. 1659/1976, a. u. Antrag vom 6. März 1842.

² Die hier gegebenen Daten über Zander sind entnommen dem Bericht des Regierungspräsidenten des Regenkreises über Zander vom 30. Dez. 1835, Münchner Kreisarchiv MA. 1086, Akt „Herold“, und der Einbürgerungsurkunde des Herrschaftsgerichtes in Kleinheubach vom 28. Okt. 1837, Abschr. in RA. 1090, 9. Zander hatte danach die Vornamen: Karl, August, Rudolph, Ernst.

zwischen dem Kölner Erzbischof Klemens August und der Preussischen Regierung zum Ausbruch kam. Mit Feuereifer ergriff Zander für den bedrängten Kirchenfürsten und gegen das ihm in der Seele verhaßte Preußen Partei. Ein erster Zusammenstoß mit Preußen erfolgte im Juni. Der preussische Gesandte in München, Graf v. Dönhoff, beschwerte sich über einen Artikel der „Neuen Würzburger Zeitung“, in dem das Vorgehen Preußens bei der Regelung der Münzverhältnisse als unehrlich und bundeswidrig gebrandmarkt war¹. Zander glaubte aber, daß schon dieses Eingreifen des preussischen Vertreters durch seine Verteidigung des Kölner Erzbischofs hervorgerufen sei².

Graf Dönhoff, dem wir hier zum ersten Mal begegnen, war, wie seine Berichte nach Berlin entnehmen lassen, ein Mann von ganz eng protestantisch-preussischem Gesichtskreis. Die junge katholische Bewegung, wie sie sich in München um Görres sammelte, haßte er aus ganzer Seele. Unglaubliche Dinge weiß er über sie nach Berlin zu berichten. Daß der Streit um die „Neue Würzburger Zeitung“ so ernste Formen annahm, ist wesentlich auf seine aufreizende Berichterstattung zurückzuführen. Gefährlich war er besonders deshalb, weil ihm aus den allerhöchsten Kreisen des Münchner Hofes, die gegen die katholische Richtung Ludwigs I. eingenommen waren, die geheimsten Dinge zugetragen wurden.

Als dann im November bekannt wurde, daß die preussische Regierung Klemens August zum Rücktritt oder zur Anerkennung ihrer Vorschriften über die Mischehen zwingen wolle, da wallte es in Zander auf. In der Nummer 325 der „Neuen Würzburger Zeitung“ vom 23. November, die noch vor dem Bekanntwerden der Gefangennahme des Erzbischofs erschien, brachte er einen Artikel, der nach Form und Inhalt die damals üblichen Schranken weit überschritt. Er enthält die Gedanken, die in den nächsten Tagen in seinem Blatt immer wiederkehren. Unter dem Schutze des Schlagwortes der Toleranz habe die preussische Regierung mit allen Mitteln: Verleumdung, Imparität, Propaganda und Bestechung, die Katholiken systematisch zu protestantisieren gesucht; durch die Feigheit der Katholiken und ihrer Oberhirten habe sie auch wirklich Erfolge erzielt, und durch diese Erfolge kühn geworden, wage sie es nun, den offenen Kampf gegen die katholische Kirche aufzunehmen und einen katholischen Erzbischof, der sein Gewissen nicht verraten wolle, vom Amte zu entfernen. Dann aber warnt Zander die rheinischen Katholiken vor Gewalttaten und fordert die katholischen Regierungen Bayerns und Österreichs auf, sich der unterdrückten Kirche anzunehmen.

Tage darauf war die Nachricht von dem Kölner Ereignis in Würzburg angelangt. Nun ging der Kampf der „Neuen Würzburger Zeitung“ gegen die preussische Gewalttat erst richtig an. Mit großartiger Rhetorik, mit beißender Ironie und in den schärfsten Ausdrücken geißelt Zander das Vorgehen der preussischen Regierung. Gleich im ersten Artikel wird ihr unverblümt Lüge, Verleumdung und Gleißnerei vorgeworfen. Sie wird der Proselytenmacherei und Verbreitung von Indifferentismus beschuldigt. Es wird ihr vorgehalten, daß sie von allen Seiten und durch jegliche Mittel die Anhänglichkeit der Katholiken an ihren Glauben zu untergraben gesucht habe, daß sie die

¹ KA. 1090, 9.

² In einem Brief an den Kronprinzen, den späteren König Max II., vom 21. Juni 1837, abgedruckt von Doeberl in den *Histor.-pol. Blättern* 1919, Bd. 163, S. 31 ff.

Hirten eingeschläfert, bestochen oder mit systematischen Schrauben so niedergehalten habe, bis sie aus Schwäche, Ohnmacht oder Furcht keinen Widerstand mehr zu leisten gewagt hätten. Dazu verstand es Zander auch diesmal wieder, Dokumente herbeizuschaffen, die das Vorgehen der preussischen Regierung in der peinlichsten Weise beleuchteten und geeignet waren, auch selbst auf jene zu wirken, bei denen seine rhetorischen Deklamationen wirkungslos verhallten.

Allenthalben bei Freund und Feind weckten Zanders Artikel die Aufmerksamkeit. Im Rheinland wurde seine Zeitung geradezu verschlungen. Die spätere preussische Denkschrift¹ gegen Bayern gibt zu, daß sie zahllose Leser gefunden hätte, und Bischof v. Geißel berichtete auf Grund eigener Beobachtungen an Minister v. Abel, daß sie „mit Begierde und steigendem Applaus“ gelesen worden sei, daß man sie trotz des bald erlassenen preussischen Verbotes in einer großen Menge von Exemplaren regelmäßig in die Diözesen Trier und Köln eingeschleppt, dort in gemischten Orten heimlich von Haus zu Haus geschickt oder in vertrauten Abendversammlungen mitgeteilt und in rein katholischen Dörfern öffentlich vorgelesen habe. Viele Artikel derselben seien sogar abgeschrieben und „in weitere Zirkulation“ gesetzt worden².

Es kann nicht wundernehmen, daß Preußen, welches schon durch übertriebene und falsche Berichte seiner Polizeiorgane im Rheinland an eine bevorstehende Erhebung der Rheinländer glaubte, den Kampf gegen die „Neue Würzburger Zeitung“ wie eine Notwehr sofort mit äußerster Kraft aufnahm. Graf v. Dönhoff hatte bereits am 25. November den bayrischen Außenminister, Freiherrn v. Gise, gebeten, die Presse vor heftigen Äußerungen über die Maßregeln der preussischen Regierung zurückzuhalten³. Nachdem die „Neue Würzburger Zeitung“ vom 26. November in München eingetroffen war, wandte er sich, ohne erst einen Auftrag seiner Regierung abzuwarten, wieder an den Minister und bat ihn, den Zensor „wegen seiner strafbaren Konnivenz“ gegen diesen „aller Haltung, Maßes und Zieles entbehrenden Artikel“ zurechtzuweisen und „Vorkehrungen zu treffen, die das Wiedererscheinen solcher politisch religiöser Brandbriefe“ verhinderten⁴. In den folgenden Tagen wiederholte er diese Bitte mündlich und schriftlich mehrfach in immer dringenderer Form.

Erst am 1. Dezember bekam er eine Antwort, die ihn zunächst befriedigte. Es wurde ihm mitgeteilt, daß an die Würzburger Kreisregierung seitens des Ministeriums des Innern eine strenge Verfügung gegen die Ausschreitungen der Presse ergangen sei. Verweser dieses Ministeriums war damals Karl v. Abel, ein eifriger Katholik, der dem Görrestreife nahestand. In dem Ministerialerlaß war zwar die Schreibweise der „Neuen Würzburger Zeitung“ scharf getadelt und als „leidenschaftlich, mißfallend, tadelnswert und unzulässig“ bezeichnet worden, aber es war keineswegs jede Erörterung der Kölner Vorgänge verboten, im Gegenteil dieselbe ausdrücklich als erlaubt erklärt worden, wofern sie sich nur in der Form ruhiger Darlegung halte. Das war bei aller logisch klaren Scheidung für die Praxis eine schwierige Norm. Zweifellos hatte Zander in den ersten Nummern der „Neuen Würzburger Zeitung“

¹ Vgl. weiter unten S. 8.

² Brief an Abel vom 23. Aug. 1838. Nachlaß Ludwigs I. XIV 219.

³ Preuß. Denkschrift vom Febr. Beilage B.

⁴ GGA. 48 I.

seiner Erregung allzu freien Lauf gelassen, aber auch eine nüchterne Darstellung der Tatsachen und ihre Beurteilung, als ungerecht und gegen das katholische Kirchenrecht verstößend, mußte von einem Manne wie Dönhoff als staatsfeindlich und aufrührerisch empfunden werden. Und so kam es.

Der Gesandte, der sich zunächst mit diesem Bescheid der bayrischen Regierung beruhigt hatte, ja sogar die Übergabe einer förmlichen Beschwerde, die ihm von seiner Regierung aufgetragen worden war, unterlassen hatte, glaubte auch jetzt noch im Ton der „Neuen Würzburger Zeitung“ keine Änderung feststellen zu können, wiewohl die Zensur schon entschieden einzugreifen begonnen hatte. Er übergab am 10. Dezember die ihm anbefohlene offene Beschwerdenote, in der Genugtuung für die Beleidigungen Preußens durch angemessene Strafe des Zensors und Redakteurs in sehr scharfen Ausdrücken gefordert wurde. Die Note vermied es, auf bestimmte Artikel hinzuweisen, erklärte vielmehr die ganze Richtung des Blattes für aufrührerisch und beleidigend¹.

Gise, der inzwischen aus Berlin Nachrichten über die dort herrschende erregte Stimmung gegen Bayern erhalten hatte, bat nun am 11. Dezember den Verweser des Innenministeriums, alles zu tun, um Preußen zufriedenzustellen. Es erging auch darauf eine zweite Verfügung nach Würzburg, in der der Zensor zur Verantwortung aufgefordert und Jander die Ausweisung aus Bayern angedroht wurde, eine Drohung, die übrigens unausführbar war und nie ausgeführt wurde, weil der Redakteur nicht lange zuvor das bayrische Bürgerrecht bei dem Herrschaftsgericht in Kleinheubach erworben hatte. Schon am 17., 20., 25. und 26. trafen neue Beschwerden Dönhoffs ein. Am 30. Dezember überreichte er eine Note, deren Text in Berlin aufgesetzt worden war. Er sollte sie unverzüglich übergeben und für ihre Vorlage beim König Sorge tragen. Das ausführliche Schriftstück, dessen scharfer Ton geradezu überrascht, erklärte, das ständig fortdauernde, unerhörte Verhalten der „Neuen Würzburger Zeitung“ sei unvereinbar mit der Bundesgesetzgebung, und warf den höchsten bayrischen Dienststellen unverhüllt Begünstigung der Preßfehde gegen Preußen vor².

Ludwig I. war aber keineswegs ohne Kenntnis von der Sprache der „Neuen Würzburger Zeitung“. Auf einen Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin, des Grafen Lutzburg, der die Lage als sehr bedrohlich schilderte, hatte er am 27. Dezember bemerkt:

„Ich lese selbst jene die Kölner Sache betreffenden Aufsätze der ‚Neuen Würzburger Zeitung‘ und finde die jüngsten nicht um dawider einzuschreiten geeignet. Ob meinem Gesandten in Berlin, diesem preussischen Organe, ohne es zu wissen, etwas zu erwidern sein dürfte, darüber Freiherrn v. Gises Ansicht: entweder nichts oder zurechtweisend, berichtend.“³

Als der Außenminister kurz darauf die preussische Note vorlegte und auf die Gefahren hinwies, die ein Bruch zur Folge haben könnte, wie z. B. die Kündigung des Zollvereins, schrieb der König darunter:

„Während so viele Aufsätze für Preußen in der Kölner Sache in bayrischen Zeitungen erscheinen, wäre doch auch nicht unbillig, wenn nur in keinem heftigen Tone,

¹ GGA. 48 I.² Ebd.³ GGA. 47 I.

wenn in einem dagegen Aufsätze erschienen. Der Ton der Note des Grafen Dönhoff dieser ist arg. Sehr betrübt wäre es, wenn die Kölner Sache Bayern mit Preußen verfeinden sollte, aber auch schlimm, wenn nur für Preußen geschrieben werden dürfte. Bestrafung des Zensors darf nicht stattfinden für die bewußten Aufsätze.“¹

Trotzdem verlangte Ludwigs I. Gutachten von den beteiligten Ministerien. Freiherr v. Gise entwickelte in dem seinigen², daß der Konflikt mit Preußen die Gefahr einer Verfassungsverletzung für Bayern heraufbeschwöre. Es war eine bekannte Tatsache, daß nichts auf den König stärker wirkte als ein solcher Hinweis auf den Verfassungseid.

In Bayern war die Pressüberwachung durch die dritte Beilage zur Konstitution von 1818 geregelt; grundsätzlich war hier die Freiheit der Presse festgelegt, die einzige Beschränkung war die Zensur für politische Blätter. Viel weiter ging die Gesetzgebung des Deutschen Bundes von 1819; danach konnte die Bundesversammlung die Unterdrückung von Zeitungen beschließen, und der betroffene Staat war gehalten, den Widerspruch zu vollziehen. Eine derartige Unterdrückung schien mit der verfassungsmäßigen Pressfreiheit in Bayern unvereinbar. Schon 1832 hatte die Regierung Ludwigs I. vor der schwierigen Frage gestanden, zwischen Pressfreiheit und Verfassung oder der vom Bunde drohenden Unterdrückung radikaler pfälzischer Zeitungen zu wählen. Damals hatte Bayern noch in letzter Stunde durch die Verschärfung der Zensur erreicht, daß es den Unterdrückungsbefehl der Bundesversammlung nicht auszuführen brauchte.

Gise erinnerte in seinem Gutachten an diese dem König äußerst peinlichen Vorgänge. Jetzt, so führte er dann aus, werde der Bund auf seinem Befehle bestehen, falls Preußen den Antrag auf Unterdrückung der „Neuen Würzburger Zeitung“ in Frankfurt einbringe. Preußen werde zuverlässig eine große Mehrheit auf seiner Seite haben; denn für Österreich biete sich damit die langgewünschte Gelegenheit, Bayern endlich zur Unterwerfung unter die Bundesgesetze zu bringen, die protestantischen Staaten Deutschlands aber betrachteten die Frage vom konfessionellen Standpunkt aus und würden daher sicher zu Preußen halten. Er gab den Rat, Preußen eine Genugtuung zu leisten und die Zensur scharf anzuziehen. Auch Herr v. Abel riet zu einer gewissen Nachgiebigkeit, jedoch gepaart mit Festigkeit. Der Ton der Note Dönhoffs weiche von allen diplomatischen Sitten ab; was er verlange, sei die Unterdrückung jeder Erörterung des Kölner Ereignisses vom katholischen Standpunkt aus, wozu sich eine katholische Regierung niemals verstehen dürfe. Sein Vorschlag ging dahin, eine neue Zensurverordnung — also die dritte — zu erlassen und den protestantischen Regierungsdirektor von Würzburg, den Grafen v. Giech, zum Zensor zu ernennen³.

Im Sinne Abels, zum Teil unter wörtlicher Anlehnung an seine Ausführungen, wurde die Antwortnote an Preußen abgefaßt, die am 8. Januar 1838 überreicht wurde⁴. Bayern, so hieß es hier, könne das Kölner Ereignis nicht als eine rein innerpreußische Angelegenheit betrachten; wenn die Regierung gestatte, daß mehrere große Blätter sich gegen den Erzbischof aussprächen, so dürfe sie auch der Gegenseite das Wort nicht entziehen. Als katholische Regierung könne sie sich nicht gegen die überwiegende Mehrheit der eigenen Untertanen erklären, „deren religiöse Überzeugungen und Empfindungen nahe berührt würden“. Für die bayrische Regierung könne es sich

¹ GGA. 48 I.² Ebd. Konzept in 47 I.³ KA. 1090, 9.⁴ GGA. 48 I, Konzept.

daher nur darum handeln, Ausschreitungen der Presse zu verhüten. Das habe sie getan durch die bisherigen Erlasse an die Zensur in Würzburg. Von einer Konnivenz der höchsten Staatsbehörden gegenüber der Presse, wie die preussische Note sie zu behaupten wage, könne also nicht die Rede sein. Um ein übriges zu tun, wolle Bayern nun einem Protestanten die Zensur der „Neuen Würzburger Zeitung“ übertragen und ihn mit neuen schärferen Anweisungen versehen. Dem Wunsche des preussischen Gesandten entsprechend, sei die letzte Note dem König vorgelegt worden; das unverdiente Mißtrauen in die Verfügungen seiner Regierung, das sie enthalte, sei ihm aber „empfindlich und betrübend“ gewesen.

Das war eine deutliche Absage an Preußen; aber sie kam zu spät. Schon früher hätte man den springenden Punkt hervorheben und ablehnen müssen: daß es Preußen nicht allein um Abstellung von Ausschreitungen der Presse, sondern um Unterdrückung jeder Kritik an seinem Vorgehen zu tun sei. Dann war man auch jetzt noch inkonsequent; indem man wieder eine neue Zensurverordnung erließ, gab man zu, daß die „Neue Würzburger Zeitung“ noch immer nicht das rechte Maß gefunden habe. Man wagte nicht auszusprechen, was Abel, was König Ludwig selber oft genug gesagt hatten, daß die „Neue Würzburger Zeitung“ seit langem schon keinen berechtigten Anlaß zu Klagen mehr biete, daß ihre Richtung als revolutionär nicht angesehen werden könne. Es war nicht zu erwarten, daß diese Note mit ihrer Halbheit einen entschlossenen Gegner wie Preußen zur Ruhe bringen werde.

Graf Dönhoff stellte nach dem Empfang der bayrischen Antwort plötzlich alle weiteren Schritte ein. In Berlin war man auf das tiefste verletzt, hielt aber vorerst mit einer deutlichen Äußerung zurück: es geschah das wahrscheinlich einmal aus Rücksicht auf Österreich, in dem man einen Bundesgenossen Bayerns vermutete; in der That war durch das Vorgehen der preussischen Regierung in Köln das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich recht kühl geworden.

Noch mehr aber fürchtete man, durch allzu scharfes Vorgehen Bayern den Franzosen in die Arme zu treiben. Die Berichte des Grafen Dönhoff nach Berlin beschränkten sich im Februar und März fast ganz auf Mitteilungen über angebliche oder wahre Versuche Ludwig Philipps sich Bayern zu nähern. Der Plan der Franzosen sei, einen süddeutschen Bund unter bayerischer Führung und mit Anlehnung an Frankreich zu schaffen. Als äußerer Ausdruck der Entente solle eine Doppelhochzeit gefeiert werden: der bayerische Kronprinz solle eine Tochter des Franzosenkönigs und der Herzog von Nemours die Tochter Ludwigs I. heiraten. Das Berliner Kabinett ging auf die Befürchtungen des Münchener Gesandten ein und regte in Wien Schritte gegen diese Pläne Frankreichs an. In der späteren preussischen Denkschrift über den Pressestreit in Bayern wird als Grund für die lange nun folgende Zurückhaltung Preußens angegeben, daß man habe abwarten wollen, ob nun endlich die oft in Aussicht gestellte schärfere Anwendung der Zensur der „Neuen Würzburger Zeitung“ eintrete. Wie stand es in Wirklichkeit damit?

Anfang Januar hatte das Blatt noch einmal einen bitterbösen Artikel gegen Preußen gebracht; es hatte das Vorgehen der preussischen Regierung bei den Mischehen mit der Willkür eines Sultans verglichen, der, auf die Gesetze des Koran gestützt, christlichen Geistlichen die Trauung von Christen zumute, die nach türkischer Sitte mehrere Weiber

haben wollten. Jetzt nach dem Amtsantritt des neuen Zensors waren derartige Entgleisungen nicht mehr möglich. Er versah sein Amt nicht ungerecht, ja nicht einmal ohne Wohlwollen, aber doch streng nach den ihm gegebenen Weisungen. Mochte Zander sich noch so sehr aufbäumen und mit erlaubten und recht bedenklichen Mitteln die Einschränkung der Zensur abzustreifen suchen, mochte er das Ministerium mit Beschwerden überschütten — sieben aus zwei Monaten liegen bei den Akten —, mochte er sogar persönlich in München vorstellig werden, Abel, der sonst ihm überall half, stand in der Zensurfrage ganz auf der Seite des Zensors. Es wird daher aus diesen Monaten kaum ein Artikel anzuführen sein, der wirklich eine sachliche Beschwerde Preußens rechtfertigte.

Bitter mußten aber andere Preßerzeugnisse aus dieser Zeit Preußen berühren. In der zweiten Januarihälfte erschien Görres' „Athanasius“ in Regensburg, der in wenigen Wochen vier Auflagen erlebte und noch viel tiefer und weiter wirkte als Zanders Artikel. In einem richtigen Vorgefühl von der Bedeutung dieses Werkes hatte Graf Dönhoff vor dem Erscheinen desselben in einer Note vom 8. Januar die bayrische Regierung dagegen einzunehmen gesucht, da in ihm möglicherweise ebenso rücksichtslose und aufregende Ansichten und ebenso entstellte und unwahre Daten enthalten sein könnten, als dies in letzter Zeit mehrfach bei den Erscheinungen der Presse in Bayern der Fall gewesen¹. Der Kampf um die Freiheit der Kirche in Preußen kam durch Görres erst recht in Fluß. Es begann der große Broschürenkampf um das Kölner Ereignis, der in der Geschichte kaum seinesgleichen hat. Auch andere Zeitungen fingen in diesen Tagen neben der „Neuen Würzburger Zeitung“ an, sich bestimmt für den Erzbischof von Köln auszusprechen; so vor allem die halbamtliche „Münchener politische Zeitung“, die im Januar unter die Leitung des bekannten katholischen Historikers Konstantin Höfler trat.

Die Verstimmung, die sich über all diese Vorgänge in Berlin naturnotwendig sammeln mußte, entlud sich in der Antwortnote an Bayern vom 2. März 1838². Der bayrische Gesandte in Berlin hatte schon vorher darauf vorbereitet, aber diese Note übertraf doch alle Erwartungen. Schonungslos, mit hämischem Sarkasmus zerzaust dieses amtliche Schreiben die bayrische Note vom 8. Januar, erhebt von neuem schärfer den Vorwurf der Konnivenz und erklärt, daß in der „Neuen Würzburger Zeitung“ von der in Aussicht gestellten Besserung nichts zu bemerken sei, daß vielmehr gleich nach dem neuen Erlasse Artikel erschienen seien, die an Frechheit alle früheren weit überträfen. Das alles zwingt Preußen, beim Bunde auf Unterdrückung des Blattes zu klagen, falls die bayrische Regierung nicht gleich durch freiwillige Unterdrückung noch Preußen zuvorkomme. Zum Beweis, daß die Vorbereitungen zur Beschwerde in Frankfurt getroffen seien, überreichte der preußische Gesandte zusammen mit der Note die „Denkschrift betreffend die Unterdrückung des im Königreiche Bayern bestehenden Presseunfuges“, die in ihrem Hauptteil und zwei Anlagen die Geschichte der bisherigen Schritte Preußens bei Bayern³ und das Beweismaterial aus der „Neuen Würzburger Zeitung“ enthielt, sowie einen interessanten Überblick über das Werden „der fanatisch katholischen Partei“ in Deutschland bietet.

¹ GGA. 48 II.

² GbD.

³ In der Denkschrift ist die Korrespondenz zwischen Dönhoff und dem bayerischen Außenminister abgedruckt. Im April erschien die Denkschrift in erweiterter Form unter dem Titel: „Denkschrift, die Anwendung der Bundesgesetze auf den im Königreich Bayern geduldeten Pressunfug, insbesondere die „Neue Würzburger Zeitung“ betr. nebst Beilagen A, B und C.“ Die Anlagen A und B sind dieselben, die bereits mit der Februardenkschrift ausgegeben worden waren.

In München wurde man nun doch recht bedenklich. Der König schrieb zwar an Freiherrn v. Gise in der für ihn so charakteristischen Weise am 7. März¹:

„Wie sehr ich manches in der ‚Neuen Würzburger Zeitung‘ bedauere, so ist nicht zu leugnen, daß gerade der Eindruck, der in Berlin hervorgebracht, beweisen dürfte, wie sie aufgedeckt, was man dort verborgen lassen wollte. . . . Ins Bockhorn lasse ich mich nicht treiben, mich nicht dahin bringen, mich zu erniedrigen. Nicht aus dem Berliner Gesichtspunkt nur darf dieser Gegenstand betrachtet werden. Von Bayern wird verlangt, von jedem, daß es immer ja sage.“

Dennoch gab der König seine Zustimmung zur Einberufung eines Minister-rates. Sein Ergebnis war der Erlaß einer königlichen Entschließung an das Präsidium der Regierung von Unterfranken. Hierin rechtfertigt der König noch einmal sein ganzes Verhalten gegenüber der Presse, spricht sein allerhöchstes Mißfallen gegen die „Neue Würzburger Zeitung“ und die Zensur aus und erteilt dem Präsidenten den Auftrag, Bänder zu eröffnen, daß ihm bei der nächsten begründeten Beschwerde jede weitere Besprechung des Kölner Ereignisses augenblicklich, unbedingt und für immer untersagt werde. Dieser Befehl wurde mit einer langatmigen, halbentschuldigenden, halb beschuldigenden Note, die nach dem unerhört schroffen Vorgehen Preußens fast würdelos anmutet, dem preußischen Gesandten am 9. März übergeben².

Doch die Berliner Regierung gab sich auch mit diesem neuen Erlaß nicht zufrieden. Graf Lutzburg meldete schon bald, daß der Eindruck der neuen Note in Berlin durchaus ungünstig sei³. Preußen betrachte die Unterdrückung der „Neuen Würzburger Zeitung“ als unerläßlich und sehe darin geradezu einen Ehrenpunkt, ja eine Lebensfrage. Und dementsprechend handelte man auch. Als bald wurde die Denkschrift Preußens über den Presseunfug an den deutschen Höfen verteilt und Schritte unternommen, die Abstimmung im preußischen Sinne zu beeinflussen.

Es ist fast unverständlich, daß die bayrische Regierung angesichts dieser ihr bekannten Tätigkeit Preußens kaum irgend welche Gegenzüge unternahm. In den Instruktionen für die Gesandten in Berlin und Wien findet sich zwar gelegentlich die Drohung, Bayern werde noch genötigt sein, eine Gegenschrift zu erlassen, wenn Preußen fortfahre, seine Denkschrift zu verbreiten. Aber es scheint nichts geschehen zu sein⁴; denn nach mehrfachem Drängen des Königs wurde erst im allerletzten Augenblick eine bayrische Antwort aufgesetzt⁵. Sie mußte schließlich mit Eilboten befördert werden, um überhaupt noch an dem für die Behandlung der preußischen Beschwerde festgesetzten Tage in Frankfurt zu sein. Die bayrische Regierung muß sich sehr sicher gefühlt haben. Darauf weisen auch andere Tatsachen hin, z. B. die endgültige Ernennung des

¹ GGA. 48 II.

² GGA. 48 I.

³ Deutsche Berichte vom 19. März und 27. April in GGA. 48 II, Depesche vom 9. April in den Gesandtschaftsberichten.

⁴ Im GGA. 48 II findet sich nur ein weitschweifiger Entwurf für eine Gegenschrift mit dem Datum „März 1838“, der von der späteren Gegenschrift ganz verschieden ist.

⁵ Die bayrische Gegenschrift trägt den Titel: „Betrachtungen über die kgl. preußische Denkschrift, die Unterdrückung eines angeblich im Königreiche Bayern bestehenden Presseunfuges betreffend.“ Sie besteht aus einem kurzen berichtenden Teil und 40 Seiten Beilagen, vor allem Auszüge aus bayrischen Zeitungen, die für Preußen und gegen den Kölner Erzbischof sich ausgesprochen hatten.

in Preußen bitter verhaßten Herrn v. Abel zum Minister des Innern, die in den gegenwärtigen Umständen als eine Herausforderung Preußens erschien.

Dieses Gefühl der Sicherheit bei der bayrischen Staatsleitung gründete sich auf die feste Erwartung von Österreichs Beistand, zu der Metternich wirklich manchen Anlaß gegeben hatte. Als der Konflikt sich nun mehr und mehr zuspitzte, griff er auch ein, aber nicht, um auf Preußen einen Druck auszuüben, sondern nur, um zwischen beiden Staaten zu vermitteln. Am 11. März ergingen Schreiben an die österreichischen Gesandten in München¹ und Berlin², worin der Staatskanzler nach langen salbungsvollen Ausführungen beide Gegner warnte, eine solche religiöse Sache vor den Bundestag zu bringen, und sie ermahnte, untereinander friedlich ihren Streit zu begleichen. Schroff lehnte Preußen dieses Ansinnen ab. Aber auch in München begann man jetzt gegen Österreich mißtrauisch zu werden, wozu noch ein Bericht des Grafen Lurburg aus Berlin beitrug, der eben in diesen Tagen eintraf³. Hier hieß es, daß die meisten deutschen Staaten, darunter auch Österreich, Preußen bereits ihren Beistand bei der Abstimmung in der Bundesversammlung zugesagt hätten.

Nun regte König Ludwig I. an, Österreich vor die Frage zu stellen, ob es willens sei, einen Bundesbeschluß gegen Bayern zu verhindern⁴. Erklärte sich Metternich dazu außerstande, so solle man Zander zum freiwilligen Rücktritt von der Redaktion bringen. „Auf Preußens Befehl aber die ‚Neue Würzburger Zeitung‘ zu unterdrücken, das sei erniedrigend, und das werde er niemals tun.“ Hier ist zum ersten Mal die Rede von Zanders Entfernung.

Die Antworten aus Wien gaben wenig Hoffnung auf eine glückliche Lösung der Streitfrage. Österreich versprach zwar seinen Beistand unter der Bedingung, daß Bayern endlich die Zensur ernst handhabe, erklärte aber auch, daß es eine Beschlußfassung in Frankfurt bei dem entschiedenen Willen Preußens nicht verhindern könne, und daß es für eine Ablehnung des preußischen Antrags keine Sicherheit zu bieten vermöge⁵. Nun galt es für Bayern, sich zu entscheiden, ob es Preußens Verlangen erfüllen oder die Gefahren eines Bundesbeschlusses auf sich zu nehmen willens sei. Am 20. April teilte der preußische Gesandte in München die Einreichung der preußischen Beschwerde gegen Bayern amtlich mit.

König Ludwig I. erfaßte ganz richtig die Lage und gab den Befehl, eine Rechtfertigung der bayrischen Handlungsweise an alle deutschen Höfe zu senden⁶. Doch die beiden Minister glaubten auch jetzt noch durch ein schärferes Anziehen der Zensur ein wirksames Eingreifen Österreichs erzwingen zu können. Aus diesen Voraussetzungen entstand eine Verfügung, die später dem Minister v. Abel von seinen liberalen Gegnern als eine seiner schlimmsten reaktionären Maßnahmen oft vorgeworfen wurde: die Verordnung über die Aufhebung der Zensurfreiheit für Gegenstände der inneren Politik vom 23. April 1838. Die strengen Bestimmungen, die tatsächlich den Bestand aller Zeitungen mittel-

¹ Abschrift in GSA. 48 II.

² Abschrift ebd. Diese Kopie trägt nur das Datum März 1838. Daß sie mit der Münchner Depesche gleich zu datieren ist, ergibt sich aus bestimmten Gründen.

³ Bericht vom 19. März in GSA. 48 II.

⁴ Signat vom 21. März in GSA. 48 II.

⁵ Berichte vom 1., 2. und 11. April in GSA 48 II, einer vom 15. April in 47 I.

⁶ Signat vom 20. April in GSA. 48 II.

bar der Regierung in die Hand gaben, sollten Metternich damit versöhnen, daß in Bayern eine unmittelbare Unterdrückung nach der Verfassung unmöglich war. Am 5. Mai übersandte der Außenminister den neuen Erlaß nach Wien mit dem Bemerkten, daß Bayern durch diese Verfügung eine sichere Gewähr für das Wohlverhalten der bayrischen Presse geben wolle¹. Und Metternich war auch zufrieden, daß er nun endlich auch Bayern völlig unter das Joch der Zensur gebeugt hatte. Er konnte es nicht unterlassen, dem bayrischen Gesandten gegenüber zu bemerken, daß er es nie recht habe verstehen können, warum Bayern von dieser löblichen Strenge je abgewichen sei².

Damit aber auch die tatsächliche Durchführung der ernststen Absichten Bayerns gegen die Freiheit der Presse klar zu Tage träte, erfolgten in der nächsten Zeit rasch hintereinander mehrere Maßregeln gegen die „Neue Würzburger Zeitung“ wegen einiger an sich ziemlich harmloser Artikel. Namentlich ein Feuilleton vom 26. April unter dem Titel: „Das Kartoffelfest“, in dem sich Zander über eine Berliner Gedächtnisfeier zur Erinnerung an den Auszug Friedrichs d. Gr. gegen Österreich, in den sog. Kartoffelkrieg 1778, lustig gemacht hatte, führte zu scharfem Vorgehen gegen die Zeitung. Das Berliner Fest war eigentlich eine sehr üble Demonstration gegen Bayern und sein Herrscherhaus; man wollte daran erinnern, daß die herrschende Linie der Wittelsbacher nur dem Eingreifen Preußens die Bewahrung des Landes zu danken habe. Auf persönlichen Befehl des Königs³ mußte der Minister mit einer Strafverfügung einschreiten. Diese war noch nicht in Würzburg, da erfolgte ein neues, noch schärferes Gericht wegen einer mißverständlichen Bemerkung über König Friedrich Wilhelm III. von Preußen⁴. Der Zensor wurde abgesetzt, der Redakteur, „der aller Warnungen ungeachtet über die Allerhöchst gegebenen Vorschriften mit zügelloser Frechheit sich hinwegzuheben wagt“, in Strafe genommen, und dazu verordnet, daß von nun an alle Artikel der „Neuen Würzburger Zeitung“ über preussische Dinge an das Ministerium zur Zensur eingesandt werden müßten.

Aber auch diese Maßregeln, die man eiligst nach Wien und Berlin mitteilen ließ, erreichten ihr Ziel nicht. Von den verschiedenen Gesandtschaften in Deutschland trafen Nachrichten ein, daß Preußen nicht nachgeben wolle, und Bayerns Aussichten sehr schlecht stünden. Nun glaubte Freiherr v. Gise handeln zu müssen. Am 19. Mai gab er Abel Kenntnis von dem Stande der Dinge und bat ihn um seine Ansicht, ob es nicht besser sei, Preußen rasch und wirksam eine Genugtuung zu geben, als die Klage am Bund herankommen zu lassen⁵. Der Erfolg dieser Anregung war ein gemeinsamer Antrag beider Minister an den König, der „Neuen Würzburger Zeitung“ wegen ihrer letzten Ausschreitungen die weitere Besprechung der Kölner Sache ganz zu verbieten und Zander selbst aus Würzburg wegzuweisen⁶. Aber Ludwig I. hatte schwere Bedenken gegen die beiden Vorschläge; wie so oft, war es die Furcht vor einer Verfassungsverletzung, die ihn zurückhielt. Er entschied am 20. Mai, daß das Gesamtministerium ein Gutachten vorlegen solle, ob Zander die Redaktion der „Neuen Würzburger Zeitung“ ohne Bruch der Verfassung abgenommen werden könne⁷. Die Minister sprachen am 25. Mai ihre Meinung dahin aus, daß eine direkte Entziehung der Redaktion gegen die dritte Verfassungsbeilage

¹ GGA. 48 II.² Bericht des Gesandten vom 14. Mai in GGA. 48 II.³ Brief des Königs an Abel vom 3. Mai, Original im Nachlaß Abels.⁴ Abschrift in 48 II.⁵ Note vom 19. Mai in GGA. 48 II.⁶ A. u. Antrag vom 22. Mai ebd.⁷ Ebd.

verstoße; daß aber eine Entfernung Zanders durch Verweisung aus Würzburg nach dem bestehenden Heimatgesetz von 1835 möglich sei, und empfahlen dem Herrscher wegen des Ernstes der Lage dringend, diesen Weg zu beschreiten¹. Es war allerdings hohe Zeit zu handeln.

Am 22. Mai teilte nämlich der bayrische Gesandte beim Bundestag, Herr v. Mieg, nach München mit, daß die preußische Beschwerde für die nächste Sitzung, Freitag, den 25. Mai, zur Verhandlung angesetzt sei². Und doch kam es nicht zu ihrer Besprechung, denn inzwischen hatte der König persönlich eingegriffen. Am 24. Mai schrieb er aus Aschaffenburg, wo das Hoflager war, an Mieg, daß er vorhabe, Zander die Redaktion zu nehmen, wenn dies ohne Verfassungsbruch geschehen könne³. Auf diese Nachricht hin gab General v. Schöler, der preußische Gesandte, seine Zustimmung, daß der Gegenstand vorläufig vertagt werde.

Was sich in den nächsten Tagen in Aschaffenburg abgespielt hat, ist dunkel. Der König konnte sich auch nach dem Eintreffen des Gutachtens der Minister mit der Verweisung Zanders aus Würzburg nicht befreunden. In bitterer Verstimmung ließ er nach dem Heimatgesetz, auf das die Minister sich berufen hatten, nachforschen. Keiner konnte es ihm in Aschaffenburg vortweisen. Da entschloß er sich zu einem andern Wege. Er brachte zustande, daß Zander freiwillig zurücktrat. Am 1. Juni schrieb Ludwig an die Minister zurück, „er habe Zanders Entfernung, der in sehr bedrängten Finanzumständen mit einer erblindeten Frau sei, durch 2000 Gulden zustande gebracht; es sei das einzige Mittel, ihn ohne Gesetzesverletzung zu entfernen“⁴. Die Art und Weise, wie Zander gegangen, wurde ganz geheim gehalten; Preußen gegenüber sollte der Eindruck erweckt werden, daß er zur Strafe gewaltsam entfernt worden sei.

Zander war verpflichtet worden, selber in seiner Zeitung seinen Rücktritt mitzuteilen. Am 1. Juni 1838 erschien die „Neue Würzburger Zeitung“ mit dem Vermerke am Kopf: „Zum letzten Mal erscheint heute die ‚Neue Würzburger Zeitung‘ unter meiner Verantwortlichkeit; ich sehe mich genötigt, die Redaktion niederzulegen. Würzburg, den 31. Mai 1838. Ernst Zander.“ Am gleichen Tage noch teilte der König die Entfernung des Redakteurs dem Bundestagsgesandten in Frankfurt mit und beauftragte ihn, von dieser Mitteilung geeigneten Gebrauch zu machen⁵. Nach Berlin wurde der Schritt des Königs durch einen eigenen Kurier gemeldet mit dem Bemerkten, daß die Mitteilung auf ausdrücklichen Befehl des Königs und in der Erwartung geschehe, daß Preußen darin einen Beweis der Willfährigkeit erblicke.

Für Preußen war aber damit der Streitfall noch nicht erledigt. Graf Luxemburg hatte einen schweren Stand⁶, ehe er die Zurücknahme der preußischen Beschwerde erreichte. Es bedurfte dazu noch einer offiziellen Note im ausdrücklichen Auftrag des bayrischen Königs, und der Gesandte mußte sich gefallen lassen, daß die preußischen Staatsmänner ihm gehörig im Konzept seiner Note herumkorrigierten⁷. Die preußische Antwort ist vom 17. Juni⁸; sie unter-

¹ Das Protokoll der Ministerratsitzung von Abels Hand ebd.

² GSA 48 III. ³ Abschrift ebd.

⁴ Signat auf dem Ministerratsprotokoll vom 25. Mai in GSA. 48 II.

⁵ Abschrift des Briefes ebd.

⁶ Bericht des Wiener Gesandten vom 19. Juni.

⁷ Abschrift des Entwurfes zu der Note und der endgültigen Fassung in GSA. 48 II.

⁸ Original ebd.

läßt es nicht, noch einmal zu betonen, daß Preußen nach strengem Recht eine ganz andere Genugthuung hätte verlangen können, dafür aber nun auch erwarte, daß ein ähnlicher Presseunfug nicht mehr vorkomme.

Wenn Preußen doch nachgab, so geschah dies einmal wegen des Drängens Österreichs, dann aber vor allem aus außenpolitischen Gründen. Es drohte ein Krieg zwischen Belgien und Holland wegen der immer noch unerledigten Luxemburger Frage, und diese Frage ging den Deutschen Bund an; denn das von Belgien beanspruchte Luxemburg war Bundesland. Schon rechnete man in Berlin mit der Möglichkeit des Krieges und traf gerade in diesen Tagen die ersten Vorbereitungen¹.

Wenn aber die bayrische Regierung Zander auch hatte fallen lassen, so war sie doch keineswegs gewillt, nun der katholischen Presse die Erörterung des Kölner Ereignisses zu verbieten. Ludwig I., der mit Wohlgefallen die Huldigungen entgegennahm, die ihm als Schützer der kirchlichen Freiheit von den Katholiken reichlich dargebracht wurden, legte Wert darauf, den üblen Eindruck baldigst zu verwischen, den die Entfernung Zanders in katholischen Kreisen hervorgerufen hatte. In einem Schreiben vom 1. Juni an Minister v. Abel² gab er den Befehl, dafür zu sorgen, „daß keine irrige Meinung entstehe, als wäre er wankelmütig, was er nicht sei“. Und dann wiederholt er, „daß es ihm äußerst schmerzlich sein würde, wenn er, obgleich mit Unrecht, für wankelmütig gehalten würde“.

Infolge dieses Auftrags wandte sich Abel in einem geheimen Schreiben an die Bischöfe Bayerns, setzte ihnen die Gründe der Entfernung Zanders auseinander und versicherte ihnen im Allerhöchsten Auftrag, daß der König an seinen alten Standpunkt in der Behandlung der religiösen Wirren Preußens in der Presse unverändert festhalten werde³. Die Bischöfe sollten von dieser Mitteilung klugen Gebrauch machen.

Die Redaktion der „Neuen Würzburger Zeitung“ bekam aber trotzdem keine Erleichterung. An ihre Spitze trat jetzt ein früherer Gehilfe Zanders, der Arzt Dr. Weisenfels; in Wirklichkeit blieb Zander selber nach wie vor die Seele des Blattes. Verschiedene Erlasse des Innenministeriums, Zander von der Zeitung ganz fernzuhalten⁴, waren wirkungslos und wohl auch nicht ernst gemeint, sie hatten auch keine rechtliche Grundlage, wie die Würzburger Regierung gelegentlich dem Minister offen aussprach, da Zander bei seinem Rücktritt sich nur verpflichtet habe, die Redaktion nicht wieder zu übernehmen⁵.

Vor und nach der Verständigung mit Preußen wurde das Blatt, solange es der katholischen Richtung diente, im Ministerium auf das genaueste überwacht. Gleich am 8. Juni erging schon wieder ein strenges Ministerialreskript mit Strafen für Redakteur und Zensor nach Würzburg: letzterer erhielt eine Geldstrafe, der Redakteur drei Tage Hausarrest. Nicht lange danach brachte die Zeitung eine „Hymne auf den gefangenen Märtyrer“ nach der Melodie „Heil dir im Siegerkranz“. Ohne daß ein Name genannt war, mußte jeder merken, daß Clemens August gefeiert werden sollte. Das Lied trug dem Redakteur sechs Tage Gefängnis ein; umsonst trat Minister v. Abel wiederholt

¹ Depesche Luxemburgs vom 11. Juni 1838.

² Nachlaß Abels.

³ RA. 1090, 10. Abgedruckt bei Baudri, Johannes Kardinal v. Geißel (Köln 1881) 301 ff.

⁴ Z. B. am 8. Juni, GSA. 48 III. 1. November RA. 1090, 10.

⁵ Schreiben vom 13. Nov. 1838. RA. 1090, 10.

um Begnadigung für den Redakteur ein. Ludwig antwortete auf das Gesuch des Ministers: „Es hat bei den ausgesprochenen acht Tagen zu bleiben, der ich durch Minderung den Anschein in den Augen der preussischen Regierung bekommen dürfte, als hätte ich ein Wohlgefallen an stattgefundener Verunglimpfung. Dem Weiserseel wissen zu lassen, daß seine gute Gesinnung nicht verkannt werde und meine Grundsätze unverändert geblieben wären, aber eben darum streng darauf halte, daß meine Vorschriften befolgt werden.“¹

Neue Rügen brachten auf Metternichs Veranlassung mehrere belgienfreundliche Artikel des Blattes in dem Luxemburger Konflikt.

Weiserseel wurde es bald müde, der Prügelnabe für Zanders Artikel zu sein, zumal Zander ihm seine Stellung durch sein persönliches Verhalten noch erschwerte. In einem Briefe vom 20. März 1839 an den trefflichen Regierungsdirektor Stenglein beklagte er sich bitter über Zanders Intrigen, mit dem niemand zusammenarbeiten könne². Er kündigte seinen Rücktritt für Ende Mai an. Der Streit der beiden Journalisten kam der Firma Stahel gerade recht, um beide von dem Blatte zu entfernen. Schon Ende 1838 war sie mit dem Plane umgegangen, der „Neuen Würzburger Zeitung“ eine ganz andere Richtung zu geben³. Als nun Weiserseels Abgang feststand, versuchte sie einen gewissen Freiberg, einen protestantischen Pommern, in die Redaktion hineinzubringen. Die Regierung verweigerte ihm als Ausländer die Aufenthaltserlaubnis in Würzburg⁴. Auf das Drängen der Regierung versprachen die Verleger, die Zeitung im alten Geiste weiterzuführen, und Abel hoffte den Privatdozenten Dr. Congen in Würzburg, einen trefflichen Katholiken, an die Spitze des Blattes bringen zu können. Im geheimen hatten aber die Gebrüder Stahel bereits der neuen Richtung ihr Blatt überantwortet. Ende April weilte der hannoverische Ministerresident in München, Herr v. Kielmansegg, in Würzburg auf der Durchreise nach seiner Heimat, verhandelte lange mit den Brüdern Stahel und sandte von hier Berichte an den Grafen Dönhoff. Es ging damals, wie Abel am 7. Juni 1839 an König Ludwig meldete, in Würzburg das Gerücht, daß er um 12000 Taler die „Neue Würzburger Zeitung“ für Preußen erkaufte habe⁵. Später berichtete der Minister das gleiche seinem König als Tatsache⁶. Jedenfalls übernahm von nun an das Blatt regelmäßig Artikel aus der Feder Freibergs, der sich in Frankfurt aufhielt, und glitt langsam⁷, aber sicher hinüber in eine völlig farblose Haltung. Für die katholische Sache war die „Neue Würzburger Zeitung“ verloren⁸.

Josef Grisar S. J.

¹ Die Akten über diesen Fall in KA. 1090, 10.

² Original ebd.

³ Abel a. u. Antrag vom 6. März 1842. KA. 1659/1976, vgl. auch den Brief des Prof. Dr. Marcus an Graf Rechberg vom 23. Dez. 1838 in den Histor.-pol. Blättern 1920, Bd. 165, S. 202—203.

⁴ Die Akten in KA. 1090, 10.

⁵ A. u. Antrag Abels vom 7. Juni 1839 in KA. 1090, 10.

⁶ A. u. Antrag vom 6. März 1842. KA. 1659/1976.

⁷ In einer Beschwerde vom 9. Juni 1839 an den König bezeichnen sich die Gebrüder Stahel noch als „Redakteure eines katholisch-konservativen Tendenzblattes“.

⁸ Sofort begannen aber auch auf Anregung Abels die Verhandlungen zur Übernahme des „Frankischen Kuriers“ durch die katholischen Kreise Würzburgs. Darüber soll an anderer Stelle berichtet werden.